

11. Februar 2010

metallnachrichten

für die Beschäftigten der Metallindustrie Niedersachsen und Osnabrück-Emsland



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Der Vorstand der IG Metall beschließt vorzeitige Tarifverhandlungen:

Vorrangiges Ziel: Keine Entlassungen!

Um Entlassungen zu vermeiden, will die IG Metall zügig mit den Arbeitgebern Verhandlungen zur Beschäftigungssicherung aufnehmen. Das beschloss der Vorstand der IG Metall am 9. Februar. Damit soll die Tarifrunde 2010 vorgezogen werden. Die regionalen Sondierungsgespräche münden damit in konkrete Verhandlungen.

Diese Tarifrunde ist keine „normale“ Tarifrunde. Die Metall- und Elektroindustrie ist von der Krise schwer getroffen. Deshalb lotet die IG Metall seit Ende letzten Jahres in regionalen Sondierungs-

gesprächen mit den Arbeitgebern aus, ob auch für 2010 Massenentlassungen vermieden werden können. Auf Antrag der Tarifkommissionen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hat der Vorstand der IG Metall jetzt beschlossen, ohne konkrete Forderung und Bedingungen in direkte Verhandlungen einzutreten.

„Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren wollen wir mit den Arbeitgebern ein Paket zur Beschäftigungssicherung schnüren“, sagte Berthold Huber, der Erste Vor-

sitzende der IG Metall. „Unser vorrangiges Ziel ist, Entlassungen auch für 2010 zu vermeiden.“

So soll noch Mitte Februar in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen versucht werden, bereits konkrete Ergebnisse zu erzielen, dann natürlich auch in Niedersachsen und Osnabrück-Emsland. Die bisher mit den Arbeitgebern erarbeiteten Vorschläge sehen vor, die Kurzarbeit voll auszuschnöpfen und in Verbindung mit der Absenkung der Arbeitszeit mit Teillohnausgleich sowie Regelungen zu

Übernahmemöglichkeiten der Azubis eine Durststrecke bis Mitte 2012 zu überwinden.

Weil Kurzarbeit für die Arbeitgeber teurer ist als die Absenkung der Arbeitszeit, soll es bei Kurzarbeit eine Kostenentlastung bei den sogenannten „Remanenzkosten“ geben, dafür aber einen Teillohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung im Anschluss an die Kurzarbeit.

Eine Nullrunde schließt die IG Metall dabei aus. Berthold Huber: „Wir brauchen mindestens eine Sicherung der Reallöhne.“ Ob das über eine Prozenterhöhung oder einen Einmalbetrag geschehen soll, ist noch nicht geklärt.

Beschäftigung sichern



Die IG Metall setzt auf ein Bündel von Maßnahmen: Beschäftigung hat Vorrang

Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Zwischen 450 000 und 750 000 Arbeitsplätze allein in der Metallbranche sieht die IG Metall für 2010 gefährdet. Mit einem Maßnahmenpaket aus tariflichen und politischen Lösungen will die IG Metall Entlassungen verhindern.



Ein Beschäftigungspakt plus Reallohnsicherung: Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

„Die Gefahr von Entlassungen in großem Stil wächst“, sagte Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, „das müssen wir mit allen Mitteln verhindern.“

In den Verhandlungen, vorerst in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg, sollen noch viele offene Fragen geklärt werden. Ziel ist ein Gesamtpaket an Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung.

Es ginge dabei auch um eine „faire Verteilung der Krisenlasten“, sagte Huber. Vorrang habe eine Beschäftigungssicherung mit einer Mischung aus Kurzarbeit und Arbeitszeitaubsenkung sowie die Übernahme nach der Ausbildung.

Eine faire Verteilung der Krisenlasten bedeute aber auf keinen Fall eine Nullrunde, so Huber. Ob es eine Prozenzterhöhung oder einen Einmalbetrag für alle gebe, sei noch zu klären. Auf jeden Fall soll das Realeinkommen und die Kaufkraft gesichert werden.

Das Paket an Maßnahmen sieht vor, das Mittel der Kurzarbeit voll auszuschöpfen, um dann auf den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung zurückgreifen zu können. Das setze allerdings voraus, dass die Bundesregierung weiter auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik setze: Die Kurzarbeit muss fortgesetzt werden. Das



gelte insbesondere für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit durch die Bundesanstalt für Arbeit. „Die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge kommt in beiden Fällen deutlich günstiger, als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit“, sagte Huber.

Weil Kurzarbeit für die Arbeitgeber teurer ist als der Tarifvertrag Beschäftigungssicherung, will die IG Metall den Arbeitgebern bei den „Remanenzkosten“ entgegenkommen, damit Kurzarbeit auch in Betrieben voll ausgeschöpft werden kann, die sonst die Kosten nicht mehr stemmen können. Im Gespräch sind Modelle, analog zum Tarifvertrag Beschäftigungssicherung, mit der Einbringung von Teilen des Urlaubsgeldes und der Sonderzahlung.

Wichtige Vorschläge der IG Metall wie zum Beispiel eine befristete Ausweitung der Altersteilzeit oder eine tarifliche Begrenzung und Regelung der Leiharbeit sind von den Arbeitgebern bisher kategorisch abgelehnt worden.

Hartmut Meine, Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: „Wenn in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen ein Beschäftigungspaket gelingt, werden wir in Verhandlungen eintreten. Denn auch in Niedersachsen und Osnabrück-Emsland wollen wir Entlassungen verhindern.“

Die Übernahme soll verbessert werden

Die IG Metall will bessere Übernahmebedingungen für Ausgebildete durchsetzen. Ein Beispiel aus Niedersachsen.

So ist zum Beispiel in Nieder-

sachsen das „Stipendienmodell“ erarbeitet worden und im Gespräch: Danach soll die Übernahme der jungen Menschen mit Weiterbildungsmodellen kombiniert werden können.

Das Stipendienmodell zur Übernahme

Modell I: unbefristete Übernahme und Weiterbildung



Modell II: befristete Übernahme und Weiterbildung eines anderen Beschäftigten



Was passiert nach der Kurzarbeit?

In vielen Betrieben wird die konjunkturelle Kurzarbeit in absehbarer Zeit an ihre Grenzen stoßen. Die IG Metall will ein Anschlussmodell durchsetzen.

Es gibt eine Reihe von Betrieben, in denen im Herbst 2010 die Kurzarbeit im Nutzungszeitraum von 24 Monaten erschöpft ist. Oder aber die Kurzarbeit endet, weil die sachliche Begründung wegfällt. Genau für diese Betriebe schlägt die IG Metall Lösungen vor, um Massenentlassungen zu verhindern. Es muss also ein Anschlussmodell zur konjunkturellen Kurzarbeit geben. Und da gibt es mehrere Möglichkeiten. So könnte über den Tarifvertrag

Beschäftigungssicherung die Arbeitszeit auf 29 Stunden abgesenkt werden. Ein Vorschlag der IG Metall sieht vor, die Arbeitszeit sogar auf bis zu 25 Stunden die Woche abzusenken. Wer aber weniger arbeitet, muss Entgeltverluste verkraften. Deshalb brauchen wir zwingend einen Teillohnausgleich, um die Lasten möglichst fair zu verteilen. Die Politik sollte diesen Teillohnausgleich unterstützen – und ihn steuer- und sozialabgabenfrei stellen. Das Ziel der IG Metall ist klar: Über eine Kombination von Kurzarbeit und Absenkung der Arbeitszeit mit Teillohnausgleich ist der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen auch in der Krise möglich.